

Eine Resolution über die Durchführung der Deklaration über die Verwandlung des Indischen Ozeans in eine Friedenszone, die am 8. November 1977 gefaßt wurde. Obwohl ähnliche Resolutionen bereits seit 1971 Jahr für Jahr gefaßt wurden, habe die Sowjetunion 1977 erstmals ebenfalls zugestimmt. In den vergangenen Jahren hatte sie die Forderung nach einer Verwandlung des Indik in eine Friedenszone stets bekämpft, indem sie sich, ebenso wie der USA-Vertreter, der Stimme enthielt und die Teilnahme am "Sonderausschuß für den Indischen Ozean", der auf Beschluß der UNO Vollversammlung gebildet worden war, verweigerte. Nach sechsjährigem Kampf habe sich Moskau nun beugen müssen, wengleich es noch lange nicht an den Abbau seiner militärischen Präsenz im Indik denke.

Ein weiteres wichtiges Ergebnis war die Aufnahme der sozialistischen Republik Vietnam in die UNO, die von den USA durch Veto fünfmal verhindert worden war.

Als bedeutsam sieht der Kommentator auch die erneute Diskussion über die Revision der UNO Charta im 6. Ausschuß an. Und hier geht es vor allem darum, den kleinen und mittleren Ländern stärkere Mitspracherechte zu verschaffen, wie sie durch die privilegierten Vorschritten der zur Zeit noch geltenden Charta (u.a. gibt es fünf ständige Mitglieder des Sicherheitsrats, die durch ihr Veto den ganzen Apparat blockieren können) noch festgeschrieben ist.

#### (27) **Weder die Wiener noch die Belgrader Konferenz haben Ergebnisse gezeitigt**

Im letzten Viertel des Jahres 1977 war Europa Schauplatz zweier Konferenzen, nämlich der 13. Runde der Wiener Verhandlungen für die Truppenreduzierung in Mitteleuropa (MBFR) und der Belgrader Folgekonferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Bei beiden habe es keinerlei Fortschritte gegeben.

Seit Beginn der Wiener Verhandlungen im Oktober 1973 waren vier Jahre verstrichen, ohne daß auch nur eine einzige Frage gelöst wurde. Statt einer Detente wuchsen die Streitkräfte beiderseitig ständig an. Warschauer Pakt und Nato rüsteten weiter. Grund dafür sei die Weigerung der Sowjetunion, zuzugeben, daß sie in Mitteleuropa militärisch weit überlegen ist.

Während der dreimonatigen Folgekonferenz der KSZE in Belgrad wurden insgesamt 224 große und kleine Sitzungen abgehalten und 106 Vorschläge von den verschiedenen Delegationen gemacht. Die 35 Vertreter auf der Konferenz erzielten jedoch über keinen der Vorschläge Einigung. Äußerlich seien die Verhandlungen vor allem an dem Scheingefecht der amerikanischen Vertreter gescheitert. Der amerikanische Vertreter habe ständig die Unterdrückung der Dissidenten in der Sowjetunion angeführt und die Verletzung der Menschenrechte beklagt, die eine Übertretung der Helsinkier Schlußakte darstellten. Die Sowjetunion umgekehrt habe daraufhin allen Anlaß gehabt, sich empört gegen die "Einmischung in die inneren Angelegenheiten" zu wehren (PRu 1978, Nr.1, S.29).

## ALLGEMEINE GRUNDSÄTZE

### DER AUSSENPOLITIK

#### (28) **Neue Polit-Termini:**

##### **z.B. "Sozialkolonialismus"**

Der Propaganda-Apparat ist das letzte Jahrzehnt, wie allgemein bekannt, in den Händen der Vierergruppe im ZK gewesen. Die neue Führung hat nach dem Oktober 1976 allerdings die Lücken im Propaganda-Apparat geschlossen. Obgleich es zur Linie in diesem Bereich gehört, weniger aggressiv die Medien zu lenken, gibt es doch neben und innerhalb der Kampagne gegen die "Viererbande" einige neue Kreationen im Bereich der Politterminologie. Radio Peking attackierte in einem Artikel den sowjetischen "Sozialkolonialismus", der noch bösertiger als der Neo-Kolonialismus der kapitalistischen Länder sei. Dieser neue Begriff ist neben den inzwischen sattem bekannten "Sozialimperialismus" zu setzen. Beide Begriffe beziehen sich lediglich auf die Sowjetunion und nicht auf Osteuropa; denn der sowjetische "Sozialkolonialismus" sei nichts anderes als die Herrschaft der Sowjetunion über Osteuropa und die Mongolei. Der neue Begriff ist gleichzeitig als eine Warnung der ehemaligen Kolonialvölker vor der UdSSR gedacht.

## INNENPOLITIK

#### (29) **Ein neuer Pressestil:**

##### **Offene Auseinandersetzung über das Lohnverteilungsprinzip**

Der November und Dezember haben auf den Seiten der Pekinger Kuangming-Zeitung eine öffentliche Auseinandersetzung über die Verteilungspolitik entsprechend der Arbeit, über ihre Prinzipien, ihre Funktion und ihren Umfang gebracht. Es gab Stimmen, die eine Lohnverteilung entsprechend der Arbeit (Leistungslohn) befürworteten, andere lehnten dies Prinzip ab, und es gab auch "versöhnlichere" Thesen. Es liegt natürlich auf der Hand, daß die "Gleichmacherei", die die Propaganda der Anhänger der Vierer-Gruppe verbreitete, auf sanfte Weise überwunden werden soll. Ein direktes Umschalten auf eine mehr leistungsbezogene Lohnzahlung, möglicherweise mit direkten materiellen Anreizen in Form von Bonus-Zahlungen, würden den Kurswechsel äußerlich zu deutlich hervortreten lassen. Eine kontroverse Diskussion ermöglicht einen weichen Übergang. Dennoch ist natürlich bereits die Veröffentlichung unterschiedlicher Meinungen zu einem Thema ein begrüßenswerter Fakt, der durchaus auch in die Ansätze einer liberaleren Medienpolitik der letzten Zeit einpaßt. Jugoslawiens Nachrichtenagentur (Tanjug, 1.11.1977) zeigt sich z.B. beeindruckt über eine ganz ungewohnte Atmosphäre der Toleranz.